

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

55 (6.3.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-85751](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-85751)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.



Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochensatzung, Donnerstags-Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 1.00 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.42 M., zweimonatlich 2.00 M., durch die Post frei ins Haus 2.28 M.; einmonatlich 1.00 M., durch die Post frei ins Haus 1.14 M. Einzelnummern 10 Pf. Probenummern acht Tage gratis u. franco.

Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeile und deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Kleinzeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mitwoch), Seideblumen (Freitag).

(Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft“ wird während der Kriegszeit nicht beiliegend.)

Nr. 55. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsst. Nr. 5. | Postfachkonto: Hannover 7908. | Bestn., Mittwoch, 6. März 1918. | Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg i. Gr.: W. Bartschmann, Alsterstr. 51, Fernspr. 1032. | 85. Jahrgang

Die Schluss-Sitzung in Brest-Litowsk.

WTB. Brest-Litowsk, 4. März. Nachdem die russische Delegation am 1. März die Entwürfe zum Friedensvertrag nach Anlagen und Zeichnungen entgegengenommen hatte, erklärte der Vorsitzende Sokolnikoff, daß er von der Durchberatung in Kommissionen absehen wolle. Am 2. März nahmen der Vorsitzende und einzelne Mitglieder der russischen Delegation Fühlung mit den Delegierten der Verbündeten, um sich über einzelne Bestimmungen der Entwürfe zu verständigen. Abänderungswünsche wurden russischerseits nicht geäußert. Für die Unterzeichnung der Verträge wurde in gemeinsamem Einvernehmen der 3. März festgesetzt.

Am 3. März vormittags trafen die Abordnungen unter dem Vorsitz des österreichisch-ungarischen Vizepräsidenten v. Murey zur Vollversammlung zusammen. Die Vollmachten wurden geprüft und richtig befunden. Am allseitigen Einverständnis wurde vorberaten, daß Staatssekretär v. Kühlmann und Graf Czernin ihre Unterschriften in Bukarest nachtragen sollten. Sodann gab der Vorsitzende der russischen Delegation zwei Erklärungen ab:

Die erste Erklärung beschäftigte sich mit Art. 4 Abs. 3 des Vertragsentwurfs betreffend den Ausbruch des Krieges auf die Einmischung in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse in den ehemals türkischen Bezirken Erzerum, Kars und Batum. Herr Sokolnikoff erklärte, daß diese Vertragsbestimmung eine Gebietsänderung ohne Befragung der Bevölkerung darstelle und von Rußland nur unter Protest angenommen werde.

In seiner zweiten Erklärung betonte der Vorsitzende der russischen Delegation, daß die deutsche Ultimatum habe die russische Revolutionsbewegung im Zustande der Demobilisierung getroffen. Rußland liege sich deshalb gezwungen, das Ultimatum anzunehmen und die ihm jetzt vorgelegten Verträge zu unterzeichnen. Weiter sagte er kein Versöhnungs- und Friedensfriebe. Die russischen Konditionen würden unter dem Vorwande des Selbstbestimmungsrechts dem Einfluß des Gegners unterworfen, um die dort herrschenden Klassen gegen die Revolution zu schützen und ihre Kräfte gegen die Revolution zu stärken. Auch in Finnland und der Ukraine fühle der Verbund die revolutionärselbständigen Bestrebungen Rußlands durch den Bruch des Waffenstillstandes vergewaltigt, unterdrückt, nachdem es vorgehen in die deutschen Arbeiter revolutionäre, der Friedensvertrag, ohne in Verhandlungen darüber einzutreten.

Wolffhoffer v. Murey gab dem Verbundern über die russischen Erklärungen Ausdruck. Die Delegierten des Verbundes hätten gehofft und gewünscht, daß am letzten Tage der Verhandlungen friedliche und verständliche Dinge angefragt würden. Wenn sie die Entwürfe ohne sachliche Durchberatung im einzelnen in Paris und Vogen angenommen hätten, so bestähe es nicht das Recht, sich darüber zu beschweren, sondern hätten dies allein zu verantworten. Jede Verantwortung und Schuld für die jetzige Lage Rußlands müßten die Mächte des Verbundes übernehmen. Der größte Teil des Materials ist überdies in früheren Verhandlungen tatsächlich eingehend durchberaten worden. Wenn die russische Delegation später diesen Weg verlassen und jetzt auf abschließende Besprechungen verzichte, habe die Schuld keinen ausschließlichen Teil.

In kürzeren Ausführungen unter Beibehaltung reichlich geschäftlichen, ethnographischen und anderen Materialen trat hierauf der Vorsitzende der österreichischen Delegation Hakkil Palacha der ersten Erklärung Sokolnikoffs entgegen. Er erinnerte daran, daß die französischen drei Bezirke der Tschukotka lang zur Türkei gehört hätten, daß Rußland sie als Ersatz für eine von der Türkei nicht beschaffte Kriegsmateriallieferung an sich ziehen und daß die Türkei, solange sie Herrin der Bezirke gewesen sei, von dort aus Rußland niemals bestrahlt habe. Den Vorwurf, daß hier eine Annexion vorliege, entkräftigte er durch Hinweis auf den Vorlauf der von den Verbündeten nacheinander getroffenen Bestimmungen, wonach die Westtürken das Recht haben solle, ihr künftiges staatliches Schicksal selbst zu bestimmen.

General Hoffmann legte gegen den Vorwurf einer Verletzung des Waffenstillstandes durch Deutschland Verwahrung ein, indem er auf die Erklärungen des Staatssekretärs v. Kühlmann in der Vollversammlung vom 10.

Februar verweis. Herr v. Kühlmann habe damals dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten klipp und klar gesagt, daß mit einem einseitigen Abbruch der Friedensverhandlungen einseitigen Abbruch der Waffenstillstand automatisch außer Kraft trete. Herr Trotski habe das widerprüchlich an der Kenntnis genommen. Die russische Demobilisation habe nicht erst infolge des Befehls vom 10. Februar begonnen, in Wirklichkeit sei schon lange das russische Heer am 10. Februar bereits demobilisiert gewesen. Schon Wochen vorher habe die deutsche Heeresleitung gewußt, daß und wie viele Kilometer der russischen Truppen nicht mehr von russischen Truppen bestrahlt waren. Diese tatsächlichen Verhältnisse seien der russischen Regierung natürlich genau so gut bekannt gewesen wie der deutschen Heeresleitung.

Gefandener v. Rosenbergs, der hierauf das Wort ergriff, führte aus, die deutschen Delegierten hätten sich im Dezember und Januar ehrlich bemüht, einen Frieden der Verständigung zustande zu bringen. Auch heute noch seien die Forderungen Deutschlands weit davon entfernt, eine rückwärtslose Annäherung der Nachverhältnisse darzustellen. Annähernd sechs Wochen habe der Waffenstillstand gedauert, also hätten der russischen Regierung nicht 3 Tage, sondern 6 Wochen plus 3 Tage zur Verfügung gestanden, um sich über die Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen schlüssig zu machen. Der Frieden bedingte Rußland nicht aufzugeben. In der freien Entscheidung des russischen Volkes stehe es, die deutschen Bedingungen anzunehmen oder den Krieg fortzusetzen. Der Vorsitzende der russischen Delegation habe in seiner Erklärung auch von den deutschen Arbeitern gesprochen. Der glaube, daß der deutsche Arbeiter für sein Verhalten nach innen und außen Verantwortungsregeln und Instruktionen vom Auslande bringe, der kenne den deutschen Arbeiter nicht. Der deutsche Arbeiter sei derselbe Mann, der draußen im Schützengraben seit 4 Jahren mit grenzenloser Hingabe das Vaterland verteidigte; wenn er an der Einrichtung des deutschen Hauses, an der bestehenden Ordnung der öffentlichen Dinge etwas auszuwechseln habe, so mache er das im eigenen Hause mit den eigenen Volksgenossen ab. Wer glaube, daß er dazu Rechtfertigung von außen brauche, beleidige den deutschen Arbeiter.

Der Vorsitzende der bulgarischen Delegation, Herr Konischew, hob hervor, er müsse der ungebundenen Behauptung der russischen Delegation entgegengetreten, daß der Verbund Rußland vergewaltigen wolle, ein Gebot, der Bulgarien wie seinen Verbündeten fernliege.

Nach einer Rede des Herrn Sokolnikoff, der im wesentlichen nur die früher entwickelten Gedanken wiederholte, und nach einigen Gegenbemerkungen des Gefandenen v. Rosenbergs und des Generals Hoffmann wurde die Sitzung um 2 Uhr auf zwei Stunden unterbrochen.

Nach der Wiedereröffnung um 4 Uhr wurde zur Unterzeichnung des Friedensvertrages geschritten, die um 5 Uhr beendet war. Sodann folgte die Unterzeichnung der Rechtsverträge, die bis 1/2 Uhr dauerte.

Annahme ergriff Wolffhoffer v. Murey das Wort und erklärte: Ich möchte den feierlichen Akt, den wir soeben vollzogen haben, nicht vorübergehen lassen, ohne der würdigen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der heute unterzeichnete Friede den Völkern unserer Vätergruppe sowie Rußlands, die sich länger als 3 1/2 Jahre im Kriege gegenüberstanden, fernsichtlichen Beziehungen wieder aufnehmen.

Nach Worten des Dankes an das Bureau und an die Dolmetscher erklärte Wolffhoffer v. Murey die Friedensverhandlungen für beendet.

Die Lage im Osten.

Schweden und die Befehle der Alliansmächte.

TU. Kopenhagen, 5. März. (Drabth.) Die Gesamtmeinung der Stockholmer Presse wegen der bevorstehenden Befehle von Island ist die „Politik“ folgendermaßen wieder: Die Wochensatzung der Zeitungen ist kurz die, es sei natürlich Konsequenz der schwedischen Politik. Sämtliche Schweden Finnland gegenüber hilfreich eingetretene, so hätte Finnland hier das deutsche Eingreifen nachdrücklich müssen, und Schweden wäre demnach nachdrücklich entgegen. Gegen diese Auffassung wird die Tatsache geltend gemacht, daß diese Erläuterungen Finnlands an Deutschland bereits im Oktober vorigen Jahres ergangen, also viel

Rückblick auf die Kämpfe an der Ostfront.

TU. Berlin, 5. März. Durch den Friedensschluß mit Rußland ist der Zweifrontenkrieg beendet, der eiserne Umklammerungsring um Deutschland geprengt und die militärische Umfassung für die Westfront gewonnen. Der Friedensschluß mußte bis zum letzten Ende von den Waffen erkaämpft werden. Dieser Kampf mit den weit überlegenen Millionenheeren des gewaltigen russischen Heeres, das aus 43 Monate gedauert. Er wurde zu einem ununterbrochenen Siegeszug, seit die Generale Hindenburg und Ludendorff die Führung der Ost-Operationen übernahmen. Die 250 000 Mann starke Arem-Armee wurde von der deutschen Minderheit in dem letzten Augusttag 1914 bei Tannenberg in offener Feldschlacht vernichtet. 1200 Geschütze, 90 000 Gefangene blieben damit in deutscher Hand. 40 000 tote Russen bedeckten das Schlachtfeld. Am 10. September desselben Jahres wurde die gleich starke Okkupationsarmee Rennenkampf in den Naturjischen Seen nach schwerer Niederlage zum stückartigen Rückzug gezwungen und damit Ostpreußen bis auf das Grenzgebiet vorläufig befreit. Es folgte die Schlacht bei Tannenberg, die fast 140 000 Gefangene brachte. Am 6. Dezember fällt Lodz, und die russische Dampflok rollt nach Warschau zurück. Anfangs Februar des Jahres 1915 wird unter General Steuers die 10. russische Armee, die erneut in Ostpreußen fallen sollte, zwischen Johannisburg und Pillen fallen in groß angelegter Umfassungsschlacht geschlagen. 100 000 Gefangene und unzählbare Geschütze und Materialbeute fallen in deutsche Hand. Im Mai 1915 erfolgt der Durchbruch von Gorlice-Tarnobrzeg. Am Hochsommer desselben Jahres erfolgt die Schlacht bei Polens. Die Arem-Armee wird den Russen entziffen. Die Festungen Pultusk, Roslan, Ostrolena und Lomza werden erobert. Am 5. August fällt Warschau, am 26. August Brest-Litowsk. In der Verfolgung des Feldes werden die Weiber von Bialystok und die Priesterfamilie kämpfend durchschritten. Im September fallen Grobo und Wilna. Der letzte Vormarsch geht bis vor Riga und Dinaburg. Russische Gegenoffensiven scheitern unter unehrerlichen Opfern. Die Folge der wichtigen Schlagen ist das Ende der Jarendynastie und der Beginn der russischen Revolution. Die Revolutionsarmee, von Kerenki erneut vorgezogen, konnten den geplanten Durchbruch nicht erzwingen. Statt dessen legt im Juli 1917 der Durchbruch der Mittelmächte bei Brest ein und befreit im schnellsten Tempo den Ostteil Ostpreußen und die Bukowina. Die Einnahme von Riga und Jacobstadt, die Eroberung der Insel Dagest, Dagest und Moon vollenden die endgültige Niederlage der gewaltigen russischen Armee. Friedensverhandlungen werden eingeleitet, scheitern an dem Verhalten Trotski und zwingen den Deutschen noch einmal das Schicksal von Brest-Litowsk, Pleshan, Ploß, Gomel und Kiew vorbringen und endlich den Friedensschluß erkämpfen.

Unser zukünftige wirtschaftliche Beziehungen zu Rußland.

WTB. Berlin, 5. März. Nach Art. 11 und 12 des deutschen Friedensvertrages bleibt die Regelung der wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen besonders, gleichseitig in Kraft tretenden Verträgen vorbehalten. Ueber den Inhalt dieser Verträge, deren Verwirklichung gleichfalls demnach erfolgen wird, erfahren wir folgenden:

Die wirtschaftspolitische Anlage stellt im großen und ganzen den deutschen Handelsvertrag von 1904 wieder her. Einzelne Abänderungen sind durch den Weltkrieg und durch Rückblicken auf andere Interessen veranlaßt. Ein Teil tragen sie unzulänglichen Rechnung. Der sich im Laufe der Zeit im deutsch-russischen Verkehr geltend gemacht hatten. Kennzeichnend werden hierdurch die Festlegung der freien Durchfuhr und die direkte Verbindung im Handelsverkehr über Rußland nach gepfert war. Von Bedeutung ist die uns bisher fehlende im Handelsverkehr über Rußland nach gepfert war. Von Bedeutung ist die uns bisher fehlende im Handelsverkehr über Rußland nach gepfert war. Von Bedeutung ist die uns bisher fehlende im Handelsverkehr über Rußland nach gepfert war.

Der rechtspolitische Zusatzantrag verpflichtet Rußland zunächst, die Schiedsgerichte zu ersetzen, die unfern Diplomaten und konsularischen Vertretern in den kaiserlichen Dienstgebäuden bei Ausbruch des Krieges zugeführt worden sind. Sodann werden alle bisherigen Staatsverträge zwischen Deutschland und Rußland mit Ausnahme politischer Kollektivverträge, an denen unsere Feinde beteiligt sind, grundsätzlich wieder hergestellt. Auch alle deutschen Privatverträge in Rußland, die durch Kriegseffekte oder Gewaltakte verletzt sind, werden wiederhergestellt oder in Geld ersetzt. Besonders ist zu erwähnen, daß der russische Schuldenvertrag gegenüber den deutschen Gläubigern alsbald nach der Ratifizierung des Vertrages wieder angenommen ist und daß die bereits fällig gewordenen Verbindlichkeiten in kurzer Frist zu bezahlen sind.

Ueber den Ertrag der deutschen Vermögenswerte, die nicht durch Kriegseffekte, sondern durch revolutionäre Enteignungseffekte geschädigt worden sind, ist unter grundsätzlicher Anerkennung der Entschädigungspflicht eine weitere Vereinbarung vorzubehalten. Besondere Bestimmungen sind über die Erledigung der auf beiden Seiten eingetragenen Sequestrationen, Liquidationen und Treuhänderchaften getroffen.

Der Austausch der Kriegsgefangenen wird im Anschluß an das Petersburger Abkommen geregelt. Art und Zeit der Rückführung bleiben einer deutschen Kommission überlassen, während drei russische Kommissionen auf russischem Gebiet laut den Schluß deutscher Kriegsgefangener, Zivilinternierten und Rückwanderer übernehmen. Aufwendungen für Kriegsgefangene werden ersetzt. Die Unterpaltung der Großfamilien gefallener Krieger oder gefallener Gefangener wird gewährleistet.

Ein besonderes Kapitel ist dem Schutz der deutschen Kolonien gewidmet, denen Rußland die Entlassung aus dem Staatsverband, Rückwanderung in die alte Heimat, Schutz des Eigentums und Ersatz für erlittene Unbill zugesichert.

Ein weiteres Kapitel regelt die Amnestiefrage. Jeder Teil gewährt Straffreiheit den Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Verschleppten des anderen Teiles, sowie den feindlichen Staatsangehörigen, die keine Kriegseffekte übertraten haben. Eigenen Staatsangehörigen wird Straffreiheit zugesichert, soweit sie unter feindlichem Zwange Heimatgefluchte übertraten haben. Endlich erlangen Straffreiheit die Angehörigen der von Rußland geräumten Gebiete für gewisse militärische und politische Delikte. Dabei werden die militärischen Interessen Deutschlands während des Krieges durch besondere Vorbehalte gewahrt.

Ueber die Behandlung der beiderseitigen Embargo- und Friedensschiffe sowie ihrer Ladung werden leitende Grundsätze angefaßt. Einzelheiten einer gemischten Kommission mit neutralen Obmann überlassen, die in Wien zusammentritt.

Endlich verpflichten sich beide Teile, die durch den Krieg unterbrochene Expedition Spitzbergen im Sinne der deutschen Vorschläge durchzuführen.

Nachforschung nach vermissten deutsch-österreichischen Kriegsgefangenen.

TU. Budapest, 5. März. Nach Ratifizierung des Friedensvertrages mit Rußland werden besondere Kommissionen nach Rußland entsandt, um dort Nachforschungen nach den vermissten deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegern anzustellen.

Der Gegensatz zwischen Lenin und Trotski.

TU. Stockholm, 5. März. Die Krisis im Sowjet-Instut hat sich seit der Einzeimung der beiden führenden Männer, Lenin und Trotski, noch verschärft, als die Abreise der Friedensabordnung nach Brest-Litowsk erfolgte. Sowohl Lenin als auch Trotski haben ihre Anhänger, die namentlich zwei so bekämpfende Gruppen bilden. Lenin selbst aber immerhin die Oberhand zu behalten. Die Anhänger Lenins veröffentlichen einen Brief, gegen Trotski Politik gerichteten Artikel in der „Pravda“. Lenin war, wie aus dem Artikel hervorgeht, ein Verfechter des Friedens mit jeden Preis, während Trotski den Friedensschluß noch hinzubehalten wollte.

Anarchistische Umtriebe gegen die Bolschewisten.

TU. Stockholm, 5. März. Aus Petersburg wird gemeldet: Die Ausschreitungen, die meist privater Natur sind, die Entzündungen und die

Bekämpfung vieler sozialer Einrichtungen und die ins Ungeheure gewachsene Anhängerschaft der Anarchisten rufen in Petersburgs Regierungskreisen die größte Zornregung hervor. Man ist jetzt deshalb damit beschäftigt, gegen die Anarchisten mit gleicher Energie wie früherzeit gegen die Kadetten vorzugehen. Die anarchischen Klubs werden aufgelöst. Alle Versammlungen der Anarchisten werden streng verboten. Außerdem werden die Anarchisten aufgedeckt, Waffen und Explosivstoffe binnen drei Tagen abzuliefern, widrigenfalls sie für vogelfrei erklärt werden.

TU. Stockholm, 5. März. Die vom Smolnynstitut ergangenen Befehle der allerletzten Tage zeigen die Merkmale nervöser Spannung und Unruhe, die durch die Nachrichten der gegnerischen Parteien, ganz besonders aber der Sozialrevolutionäre, veranlaßt worden sind. Im Smolnynstitut scheint man zu wissen, daß die Herrschaft der Bolschewisten zu Ende geht und daß die diktatorischen Maßnahmen keinerlei Grundlage für eine dauernde Regierung sein können. Die Zahl der Feinde des Bolschewismus wächst auch in den Schichten der ärmeren Bevölkerung und in den Arbeiterkreisen. Man hat jetzt in Petersburg die seit dem Sturz des Zarens nie dagewesene Erscheinung zu verzeichnen, daß die angeordneten Säuführungen und Verhaftungen besonders in den verschiedenen Arbeiterbezirken vorgenommen werden.

Rückzug der Bolschewisten aus Finnland.

TU. Stockholm, 5. März. Der mit so großem Eifer von den Bolschewisten begonnene Rückzug gegen die Finnländer scheint nach einigen Mißerfolgen, die die Rote Garde in den Kämpfen mit der Weißen Garde hatte, beendigt zu sein. Tatsächlich liegen mehrere Jäger in Petersburg ein, welche die aus Finnland zurückgezogenen Regimenter nach dem Innern Russlands befördern. Der bolschewistische Einfluß in Finnland hat nun endgültig aufgehört. Der Bolschewismus, der anfänglich einen Erfolg in Südfinnland zu verzeichnen hatte, ist gänzlich befristigt.

Schwedische Pressestimmen.

WTB. Stockholm, 5. März. Zu dem Frieden mit Rußland meinen „Dagens Nyheter“: Der Frieden im Osten ist jetzt eine unerschütterliche Tatsache, die letzten Endes durch eine zweiwöchige Kriegsführung erzwungen wurde und durch welche fast ebenso viel russisches Gebiet wie im ganzen vorhergehenden Kriege befehzt werden konnte. Auch wenn man antimmt, daß die Bolschewiki-Regierung schon morgen gestürzt wird, so wird sich keine Veränderung der jetzigen Verhältnisse mit sich bringen. Rußland, das noch dazu von inneren Kämpfen zerissen ist, ist nicht fähig, die russische Ostfront zu verteidigen. Deutschland hat sich jetzt zwei neue Interessensphären geschaffen, eine an der Ostsee und eine am Schwarzen Meer. Ebenso wie der neuerrichtete ukrainische Staat ist auch das amputierte Großrussland in der nächsten Zeit in hohem Grade auf die deutsche Führung und Organisation, besonders in landwirtschaftlicher Hinsicht, angewiesen. Hieraus folgt auch die Ausbeutung der zahlreichen unverbundenen Vorkäte und Kräfte in Rußland durch Deutschland.

Die Vorgesichte der Verhandlungen mit Rumänien.

WTB. Sofia, 4. März. In der Sobranje gab der Ministerpräsident Radoslawow unter allgemeinem Beifall den Friedensschluß mit der russischen Bundesrepublik bekannt und hat den Finanzminister Tomtschew, der heute morgen aus Bukarest zurückgekehrt ist, vor der Volksvertretung den Gang der Verhandlungen mit Rumänien darzulegen. Tomtschew erwähnte den Schriftwechsel, der zwischen den Delegationen der Verbündeten und dem rumänischen Ministerpräsidenten Averescu stattgefunden hat, der zuerst auf die Mitteilungsbedingungen in der die Friedensbedingungen enthalten waren, mit einem Schreiben antwortete, in dem er erklärte, daß Rumänien bereit sei, auf der Grundlage gegenseitiger Zugeständnisse zu verhandeln. Er erwähnte weiter das Ultimatum, das hierauf erfolgte, und in dem der Verbündeten Rumänien mitteilte, daß im Falle der Nichtannahme seiner Bedingungen bis Samstagmittag 12 Uhr spätestens der Waffenstillstand gekündigt und die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden würden. Der Waffenstillstand wurde tatsächlich am Samstag gekündigt, aber am Nachmittag des gleichen Tages gegen 5 Uhr teilten die Rumänen den Delegationen der Verbündeten mit, daß ihr in Dattig verammler Kontrat beschlossen habe, die vorgeschlagenen Bedingungen anzunehmen. Diese Bedingungen bestehen in der Abtretung der Dobrußja, der Berechtigung der rumänisch-ungarischen Grenze und in Begünstigungen wirtschaftlicher Art. Es wurde hierauf der rumänischen Regierung gemittelt, daß sie innerhalb einer Frist bis Dienstagmittag 12 Uhr, den Vorfriedensvertrag zu unterzeichnen habe, der die oben erwähnten Punkte enthält, und daß es die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Waffenstillstandes und eines endgültigen Friedensschlusses wieder aufnehme. Der Vorfriedensvertrag, sagte Tomtschew, wird den gleichen Text für alle Verbündeten enthalten. In dem endgültigen Vertrage jedoch, der für jeden einzelnen abgefaßt werden, wird genau niedergelegt werden, daß Rumänien die Dobrußja an Bulgarien abtritt, und man wird darin mit größter Genauigkeit die wirtschaftlichen Zugeständnisse bestimmen. Die weitere Regelung wird möglicherweise eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Die ungarischen Forderungen.

TU Budapest, 5. März. Aus Anlaß der Friedensverhandlungen in Bukarest faßt der Kaiser Lloyd die Forderungen der öffentlichen Meinung Ungarns in dieser Frage wie folgt zusammen:

Sie hat gefordert, so schreibt das Blatt, daß durch eine strategische Grenzberichtigung feste Sicherungen gegen künftige irrationelle Lieferungen geboten werden. Die 3-jährige den Grenzsteinen des Karpatenbalkens, der Rumänien von Siebenbürgen trennt, dürfen nicht weiter im Besitz eines unzuverlässigen Nachbarn stehen. Auch für die Sicherheit an der Donau müssen zuverlässige Bürgschaften geschaffen werden. Endlich muß Ungarn verlangen, daß im Friedensinstrument den Umrissen ein wirksamer Kriegsvorgeschoben wird, deren sich die rumänische Kultur und andere Körperschaften in der Vergangenheit bedienten. Durch das agitatorische Wirken dieser Körperschaften ist Siebenbürgen andauernd beunruhigt worden. Dieser verbrecherische Unfug darf nicht weiter gebuldet werden. Selbstverständlich wünscht Ungarn auch die Unterstützung der bulgarischen Ansprüche auf die Dobrußja durch die österreich-ungarische Monarchie.

Zu unserm Eingreifen in Finnland.

WTB. Berlin, 6. März. (Draht.) Die Dtsch. Tagesztg. sich melden läßt, finden zwischen den Regierungen in Petersburg und Helsingfors Verhandlungen statt, als deren wichtiger Punkt der Entschluß Petersburgs heraustrat, sei, seine Truppen aus Finnland zurückzuführen.

Die Germania schreibt zum Schluß eine längeren Würdigung der Lage in Finnland: Im übrigen bietet gerade der neue deutsch-russische Friedensvertrag einen festen Anhaltspunkt für die Ehrlichkeit unserer Absichten und für unsere Uneigennützigkeit bei der Lösung auf den Alandsinseln; der Artikel 6 hat unsere Bereitwilligkeit festgelegt, über die bisher in Geltung gebliebene d u e r d e R i c h t b e f e h l u n g der Alandsinseln, sowie über ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtsspezifischer Hinsicht ein besonderes Abkommen zu treffen, und zwar nicht einseitig, sondern mit allen Staaten, für die ein tatsächliches Interesse an dieser Frage lokalweise anerkannt werden muß. Das wird vor allem in Schweden wöhl beruhigen können. Wahrscheinlich wird man mit einer Erneuerung und Erweiterung des Offsee-Abkommens von 1908 rechnen dürfen, das die Erhaltung des Status quo des territorialen Besitzstandes an den Küsten dieses Meeres sichert.

Die Lage im Westen.

Der deutsche Abendbericht.

WTB. Berlin, 5. März. Abends. Amtlich. Von den Kriegshauptplätzen nichts Neues.

Die Westmächte ahnen den Ernst der Lage.

TU Genf, 5. März. Der Kriegskorrespondent des Journal meidet: Das militärische Aussehen ganz Europas, das früher gekommen ist, als man erwartet hatte, hat zu einer Umänderung der strategischen Pläne der Alliierten in gewissen Sinne geführt. Man muß jetzt auf Angriff des Feindes auf der ganzen Front gefaßt sein, das sind alle Sicherungsmaßnahmen getroffen, um die Gefahr abzumenden.

Aus Oesterreich-Ungarn.

Der österreichische Tagesbericht.

WTB. Wien, 5. März. Amtlich wird veröffentlicht: An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

Die Operationen zur Herstellung der Ordnung und Sicherheit in der Ukraine nehmen den beachtlichen Verlauf.

Rumänien hat die Waffenstillstandsbedingungen der Mittelmächte angenommen.

Der Chef des Generalstabes.

Der Krieg auf den Meeren.

Neue A-Boot-Bente.

WTB. Berlin, 6. März. (Draht.) Amtlich. Unsere A-Boote haben im Sperrgebiet um England neuerdings

20 000 Br.-A.-I.

Handelschiffsräume versenkt. Von den vernichteten Schiffen sind zwei besonders wertvolle bewaffnete Dampfer von je 6000 Br.-A.-I. in geschäftem Angriff härtester feindlicher Gegenwehr zum Troß aus demselben Geleitz herausgeschossen worden. Einer der Dampfer hatte Munition geladen. Zwei weitere tief beladene Dampfer wurden an der Ostküste Englands ebenfalls aus Geleitzern herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Neues über den U-Boorkrieg

enthält eine Berliner Mitteilung der „Rölnsch. Volksztg.“ Das Blatt schreibt:

Dieser Tage hatten verschiedene eingeladene Persönlichkeiten Gelegenheit, aus dem Mund eines vorzüglich unterrichteten Fachmannes, des Oberingenieurs D o e l l e r, eine Reihe von Darstellungen über den U-Boorkrieg entgegenzunehmen, die dazu angefaßt sind, jeden Laien davon zu überzeugen, daß es unrichtig ist, wenn behauptet wird, der U-Boorkrieg erhalte keine Zweckes. Der Redner nahm ausdrücklich Bezug auf eine in gewissen Kreisen verbreitete Denkschrift, in der in der Auslosigkeit des U-Boorkrieges die Rede ist. Wir wollen der Veröffentlichung des Gesamtmaterials, das, wie wir hören, in Buchform erscheinen wird, nicht vorgehen. Doch ist es äußerst wissenswert, folgendes zu erfahren. Bei der Berechnung der Welttonnage sind ganz offensichtlich Verstärkungen und Fehler unterlaufen, indem man die Gesamttonnage Englands und seiner Kolonien, der Vereinigten Staaten und der verschiedenen Slaa-

ten Südamerikas in ihrem vollen Umfange wegzulassen hat. Das ist deshalb ein Fehler, weil nur die Schiffe in Frage kommen, die mehr als 2000 Tonnen Ladefähigkeit haben. Ein Schiff mit geringerer Tonnage braucht seinen vollen Schiffsraum nur, um genügend Kohlen mitzuführen. Für eine Kreuzfahrt notwendig sind. Ferner darf die Tonnage der Kolonien Englands, die meist aus kleinen Küstenfahrern besteht, nicht mitgerechnet werden. Die große Zahl von Dampfern in nordamerikanischen Seen ist ebenfalls miteingerechnet worden. Diese Schiffe können unmöglich in den Ozeanbecken gefaßt werden, weil ein Durchdringen des Atlantikraumes vollkommen ausgeschlossen ist. Geht man also mit ruhigen Erwägungen an das ganze Problem, so kommt man zu einer wesentlich niedrigeren Gesamttonnagezahl, als bisher angegeben wurde. Der Redner hat sich ein im Juli 1917 erliches Exemplar von Lloyd's Register verschaffen können. Aus dieser einwandfreien englischen Quelle stellt er fest, daß bis zum 1. Januar 1918 von seiner Tonnage, die für den Transozeandienst in Frage kommt, 42 Prozent verloren hat. Belangt es den deutschen Unterseebooten, im ersten Halbjahr 1918 in jedem Monat 600 000 Tonnen zu versenken, so wird am 1. Juli 1918 die Gesamttonnage Englands — wohl verstanden immer die der Seehäfen, die mehr als 2000 Tonnen einhalten — um die Hälfte verringert sein.

Frankreich.

Caillaux protestiert.

WTB. Bern, 6. März. (Draht.) Caillaux protestiert in der Pariser Presse dagegen, daß erst jetzt nach mehreren Wochen eine genaue Bestandsaufnahme des französischen Reiches seitens der französischen Regierung veröffentlicht wurde, aus der hervorgeht, daß seine Angaben vollständig der Wahrheit entsprechen. Sein Verteidiger erklärt in der Presse, daß man die Öffentlichkeit getäuscht habe. Zu seiner Zeit und in seinem Lande hätte man ein derartiges Verfahren für zulässig gehalten.

Eine neue Versailles Konferenz.

TU Genf, 5. März. Nach einer Meldung des Matin wird die neue Kriegskonferenz am 28. März in Versailles abgehalten werden. Hauptpunkt der Beratung wird Wilsons letzte Note und die rumänische Frage sein. Vor dieser Konferenz sind amtliche Erklärungen über die Lage im Osten nicht zu erwarten.

England.

Zur Sinn-Feiner-Bewegung.

WTB. Bern, 6. März. (Draht.) Main berichtet unter dem 28. Februar aus London, daß die Sinn-Feiner-Bewegung in der Grafschaft Clare an Umfang zunehme. Die Sinn-Feiner bemächtigen sich im Rahmen der irischen Republik Landereien, bestehlen sie und nähmen das Vieh weg.

Ein neuer Brief Lansdownes.

WTB. London, 5. März. (Keuler.) Lord Lansdowne hat wieder einen Brief im Daily Telegraph veröffentlicht. Er spricht darin die Überzeugung aus, daß Hertings Rede einen merkwürdigen Fortschritt in der Diskussion bedeutet. Die Rede enthalte erstens den wertvollsten Wunsch, daß verantwortliche Vertreter der Kriegführenden zu einer Diskussion zusammenzutreten mögen. Zweitens gibt Herting zu, daß ein allgemeiner Friede auf der Grundlage der drei Wilsonschen Prinzipien diskutierbar sei. Drittens enthält die Rede die Versicherung, daß der Kongress einer unparteiischen Schiedsgerichtsprot freudig begrüßen und gerne daran teilnehmen würde. Viertens sei in der Rede angedeutet, daß Deutschland nicht daran denke, Belgien zu behalten oder es zu einem Bestandteil des Deutschen Reiches zu machen.

Bezüglich Belgiens unterzieht Lansdowne die päpstliche Note vom 1. August 1917, die Herting zitierte, einer Prüfung, und sagt: Der wichtigste Satz in der Note ist: „Belgien muß vollständig geräumt und es muß ihm gegenüber allen Mächten seine volle politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit garantiert werden.“ Lansdowne glaubt, daß es nicht schwer fallen könnte, Herting zu befriedigen, wenn eine solche Garantie wirklich alles sei, was er für nötig halte, um Belgien zu verbinden, der Tummelplatz für feindselige Machinationen zu werden. Lansdowne hofft, daß Herting bei der Fortsetzung des Dialogs zwischen den feindseligen Staatsmännern erklären wird, ob er dies meint oder ob er ganz andere, in der Note des Papstes nicht erwähnte Absichten gehegt habe. Dieser Punkt verlangt Aufklärung.

Lansdowne fährt dann fort: Er könne nicht einsehen, warum es nicht nützlich sein würde, den Dialog fortzusetzen oder ihn sogar in eine intimere Diskussion übergehen zu lassen. Er weist darauf hin, daß eine Grundlage für eine Uebereinstimmung bezüglich der drei Wilsonschen Prinzipien bezüglich eines internationalen Schiedsgerichtshofes vorhanden sei. Ein deutscher Staatsmann nach dem andern habe sich gegen eine Eroberungs- und Annexionspolitik ausgesprochen. Viel größer würden die Schwierigkeiten, wenn man an sie anzutreten auf Gebietsübertragungen von einer Macht auf die andere beramte. Solche Schwierigkeiten ergäben sich bezüglich der A b s t r a h r e n g e n s und bezüglich Italiens Anspruch auf gewisse Teile des türkischen Reiches. Lansdowne glaubt, daß es unermesslich ist, diese letzteren Fragen einem Friedenskongress zu unterbreiten, der, wie Lord George sagte, am Ende des Krieges abgehalten werden würde.

Zum Schluß erklärt Lansdowne, daß nach der Ansicht Lloyd Georges auch die Frage der deutschen Kolonien, die besondere Schwierigkeiten mache, einem solchen Kongress vorbehalten

werden müsse. Diese Frage könne kaum geregelt werden, solange der Krieg noch im Gange sei.

Italien.

Italiens Drohung auf der Versailles Konferenz.

tu. Rotterdam, 5. März. Wie die Londoner Presse berichtet, soll Italien auf der Versailles Konferenz mit einem Sondervertrage droht haben, falls die Alliierten Italien ebenso zu behandeln gedächten, wie Rußland. Nach langer, heftiger Debatte wurde einstimmig beschlossen, daß die Alliierten sich verpflichten, die territorialen Forderungen Italiens zu unterstützen. Der amerikanische Botschafter in Paris, der an der Sitzung teilnahm, verließ den Saal, weil über einen Antrag Americas zur Abänderung des Kriegsziele infolge des obigen Beschlusses nicht mehr verhandelt werden konnte. Die Rede Sonninos in Rom klang sich dann auf diesen Beschluß der Alliierten, der natürlich in Italien die imperialistischen Forderungen sehr stark entfacht hat.

Vom Balkan.

Der serbisch-griechische Geheimvertrag.

WTB. Sofia, 5. März. Bul. Telgr.-Agentur. Cäpo de Bulgarie veröffentlicht den Text des serbisch-griechischen Geheimvertrages von 1913, der die Verabreichung Bulgariens zu der Zeit befaßt, wo dieses mit seinen Armeen die Sache des Balkanlandes verteidigte. Die Veröffentlichung des Vertrages erragt großes Aufsehen.

Japan und Sibirien.

Die japanische Intervention steht unmittelbar bevor.

WTB. Washington, 5. März. (Draht.) Man glaubt, daß die militärische Aktion Japans in Sibirien unmittelbar bevorstehe. Die amerikanische Regierung hat keinerlei Erklärungen abgegeben. In diplomatischen Kreisen verläutet, daß die japanische Regierung mit Rücksicht auf die dringende Notlage rasch vorgehen und gleichzeitig die diplomatischen Verhandlungen fortsetzen werde, um mit den Vereinigten Staaten und der Alliierten sich über den Umfang und das Ziel der Aktion zu einigen.

WTB. London, 5. März. Wilson hat in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten über die politische Lage und über die Verhandlungen, betreffend eine Intervention Japans in Rußland Erklärungen abgegeben. Die Mitglieder der Kommission weigerten sich, nähere Mitteilungen zu machen, gaben aber zu verstehen, daß die Alliierten sich geeinigt hätten, Japan in Sibirien freie Hand zu lassen.

WTB. London, 5. März. Daily Mail meidet, daß die Verhandlungen über die Intervention Japans in Sibirien vermutlich in den nächsten 24 Stunden beendet sein werden. Die Botschafter Großbritanniens, Frankreichs und Italiens in Tokio beabsichtigen gestern gemeinsame Besprechungen zu machen und zu erörtern, daß Schritte zum Schutze der Interessen der Alliierten in Sibirien unternommen werden. Man glaubt nicht, daß der Botschafter der Vereinigten Staaten in Tokio an diesen gemeinsamen Vorstellungen teilnehmen wird, es ist aber seitens der Vereinigten Staaten keine Opposition zu erwarten.

Amerikas mißtrauliche Haltung.

WTB. Rotterdam, 5. März. Manchester Guardian meidet aus Washington: Es verläutet noch nichts über die Haltung Wilsons zu Japans vielgebes vorbestimmten Vorgehen in Sibirien. In Wilsons Umgebung wurde man vorziehen, daß die USA sich selbst nicht, falls in dem neuen Rußland Elemente seien, die gemeinsam vorgehen in Sibirien seien. Man möchte die Aussicht auf Erfolg nicht dauernd verderben, daß in Rußland durch Japans Auftreten eine Gerechtigkeit hervorgerufen wird.

Verschiedene Nachrichten.

Zum deutschen Vorschlag an Belgien.

tu. Berlin, 4. März. Zu den Neuerungen Hertings über Belgien teilt das Journal de Geneve mit, Deutschland habe der belgischen Regierung schon früher ähnliche Vorschläge gemacht. Kürzlich soll die belgische Regierung Belgien die Zurücksetzung des Industriematerials unter der Bedingung gleichzeitiger Handelsvertragsverhandlungen angeboten haben. Mehrere Mitglieder des Kabinetes zeigten sich zum Eingehen auf den Vorschlag geneigt, die Verhandlungen jedoch werden insofern vor allem an dem Beto des Königs scheitern.

Die amerikanischen Gesandten.

tu. Berlin, 4. März. Die bei Chadron mitgebrachten Amerikaner waren lediglich zur Eingewöhnung als Arbeiter der obersten Ämten zwischen kampfbereitete französische Divisionen gestellt. So gerieten sie in den nach kurzem Trommelfeuer vordringenden Angriff badischer und thüringischer Störtrupps und ergaben sich ziemlich schnell ohne allzu großen Widerstand. Sie kamen aus dem Staate Connecticut. Es finden junge, kräftige Leute, machen aber einen wenig kriegerischen

Wundt. Jrgend weiche Ansicht in Ziel und Zweck dieses Krieges haben sie nicht. Es ist für sie ein Unternehmen der temporären Großmacht. Die Engländer hoffen, aber achten sie. Den Franzosen stehen sie mit gütlicher Mitleid gegenüber. Deutschland ist ihnen ganz gleichgültig. Die kriegerischen Operationen haben für sie nicht das geringste Interesse. Stumpfsinnig und fatalistisch überlassen sie sich der Führung der kriegsgewohnten Franzosen. Der Scheitern des deutschen Angriffes hat sie sehr erschüttert. Sie warten froh, dem Krieg entronnen zu sein.

Ministerpräsident Radoslawow an den Abg. Erzberger.

Ministerpräsident Radoslawow sandte dem Abg. Erzberger folgendes Telegramm: „Ihre unwandelbaren, freundschaftlichen Grüsse gegenüber Bulgarien, die Sie in Ihrer Reichstagsrede so berechtigt wieder zum Ausdruck brachten in einem für unsern Bund so wichtigen Augenblicke, wurden im ganzen Lande mit großer Freude aufgenommen. Im Namen der königlichen Regierung sowie in meinem Namen danke ich Ihnen herzlich für ihr Eintreten und bitte Sie, den Ausdruck unserer Hochachtung und unseres Dankes entgegenzunehmen zu wollen. Ministerpräsident Radoslawow.“

Auch der Präsident der Sobranje dankt namens der Volksvertretung dem Abg. Erzberger für treues Eintreten zu Gunsten des bulgarischen Verbündeten.

Deutsches Reich.

Die Kartoffelbewirtschaftung 1918.

RTV. Berlin, 4. März. Vom Kriegsernährungsrat wird am 24. März mitgeteilt: Möglicht umfangreicher Anbau von Frühkartoffeln in allen Gegenden, welche sich dazu eignen, ist auch in diesem Jahre ganz besonders geboten. Wie im vergangenen Jahre werden die frühesten Sorten, die in Mittel- und Ostpreußen und gartenmäßigen Kulturen gezogen sind, von der Festlegung des einheitlichen Höchstpreises für das Reichsgebiet und die öffentliche Bewirtschaftung zwar bis 30. Juni ausgenommen bleiben, mit dem 1. Juli jedoch mit Rücksicht auf die Lage der Vorräte die öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln einleiten. Wie bereits früher mitgeteilt wurde, ist damit zu rechnen, daß im Juli der Höchstpreis für Frühkartoffeln nirgends unter 8 Mk. für den Zentner festgesetzt werden wird, um den großen Preisverhältnissen innerhalb der einzelnen Anbauggebiete in Ergiebigkeit und Reifezeit der Frühkartoffel gerecht zu werden. Es ist in Aussicht genommen, die Landespreisstellen wieder zu ernennen, je nach den Verhältnissen in ihrem Amtsbezirk mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle eine Erhöhung des Zulasspreises wie im Vorjahre bis zur zulässigen Höchstgrenze von 10 Mk. vorzunehmen und schon jetzt bekanntzugeben. In gleicher Weise soll am 1. Aug. durch die Vorstände der Landes- und Provinzialkartoffelstellen, in denen Erzeuger, Verbraucher und Händler vertreten sind (mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle), unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse der Abbau der Kartoffelpreise mit der Maßgabe vorgenommen werden, daß der Preis für Herbstkartoffeln am 15. Sept. erreicht ist.

Aus dem obenburgischen Münsterlande.

6. März.

Der neue Tabak. Nach einer Bekanntmachung des Bundesrats ist es demnach gestattet, alle Blätter- und Pflanzengemischen, in denen auch nur ein ganz verschwindender Prozentsatz echten Tabaks enthalten ist, den edlen Namen „Tabak“ zu verleihen. Gleichzeitig wird mitgeteilt, womit nur unter dieser Firma befristet werden sollen: Buchtaub, Kaffianlaub, Pflanzengemisch (H.), Hopfen usw. Vermuthlich, soweit man der M. Z. dazu wird man auch die Straube — die eigentlich Straube heißen — noch als Tabakerzeugnis erachten. Wie teuer der neue „Tabak“ sein wird, wird nicht verstanden. Jedenfalls sei allen sparlosen Naturen empfohlen, sich ihr Buchen- und Kastanienland nicht zu holen und nicht erst 350 Prozent Zinsbewerben an geschäftsfähige Zwischenhändler zu zahlen. Unter schones deutsches Lied wird man in Zukunft singen müssen: „Wer hat dich, du schöner Wald, aufgetaucht so hoch da droben?“ „Sollen wir uns nicht frohen und alledem bald schönere und bessere Zeiten, in denen auch der beherrschende Nachbar wieder sein Pflanzland mit Begehren schmücken kann.“

Vom Lande. 3. März. Imker, sehr den Sommeren und Spätsommerern auf die Finger zu zeigen, wenn sie Wabenkästen massenhaft anbieten, wie Schreiber dieser Zeilen es bereits heute sah.

Unruhigkeiten. 4. März. Die Lungenkrankung tritt hier in letzter Zeit häufig auf und hat auch in der Umgebung sowohl unter jüngeren als älteren Personen ihre Opfer gefordert. U. a. starben daran Witt und Wäckerer'scher Schieber, der am letzten Donnerstag

unter jährlichem Alter zu erbe getragen wurde, betrauert von seiner Witwe mit ihren zum Teil unermündlichen Kindern. Der Letzte Sohn war zum zweiten Male rechtzeitig aus dem Felde an Urlaub gekommen. — Pächter Bern. Prues in Klinghof hatte kürzlich das Unglück, ein Bein zu brechen infolge Scheuwerdens der Pferde. Eine andere Person kam ohne erhebliche Verletzung vom Wagen. Prues befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Wöningen, 6. März. Am Sonntag hielt Herr Kaplan Siemer aus Wunnen einen Vortrag über seine Reise nach Lourdes. Der Niehauseiche Saal war überfüllt. — In 8 Tagen verläßt uns Herr Vikar Sommer, um die Pastoral in Bövel anzutreten. Für ihn kommt Vikar Beckmann aus Lastrup nach hier. Für Herrn Kaplan Ubers, der in Kirke nach Godesfeldzieht, ist als Nachfolger Vikar Meppenraffen bestimmt. — Auch die Bürgerliste bekommt 2 neue Lehrkräfte, einen Mittelschullehrer aus Vorup und als Lehrerin Fräulein Kiermann aus Wöningen. — Die hies. Kriegsbekendindrie beschäftigt zur Zeit über 400 Heimarbeit. Am der Landwirtschaft Arbeiter zu erhalten, werden die Arbeiter von Lande im Sommer nicht beschäftigt.

Cloppenburg, 5. März. Das Amt macht bekannt, daß hier von der Brotkrone ganz Abstand genommen worden ist, doch, wie bislang wesentlich für die Person 3/4 Pf. Brot geliefert wird und daß auf den Kartenabschnitt, der auf Mehl und Zwieback lautet, nicht 500, sondern nur 250 Gr. Brot verabfolgt werden.

Cloppenburg, 5. März. Die Hebralle der zur Handelstammer Beitragspflichtigen liegt bis zum 19. März in der Stadtämter aus.

Friesonthe, 6. März. Am nächsten Dienstag wird der Burenkommandant Roos Zoopke in Tiedelens Saale einen Vortrag halten, der sich mit dem Kriege befaßt wird. Soopke hat zu Beginn des Krieges als Kriegserntehilflicher am Kriege teilgenommen. — Nechterfeld, 5. März. Über 70 Jahre ist die Familie Scherholz, früher im Feuer, jetzt im Pachtverhältnis auf dem Hofe des Jellens A. Frilling anständig. Gewiß ein ehrendes Zeichen für Pächter und Verpächter.

Münsterländischer Volksheilstättenverein.

Dechia, 4. März 1918.

Am Montag vormittag fand im Restaurant Borchers die Generalversammlung des Münsterländischen Volksheilstättenvereins statt, zu der etwa 20 Mitglieder erschienen waren. Zunächst las der Schriftführer Prof. Engelhardt die Beschlüsse von 1916 vor. Sie war dem Rechnungsprüfer Fabritant Globius-Lohre als richtig befunden. Dem Schriftführer wurde deshalb Entlohnung erteilt, hierauf folgte die Rechnungsablage für 1917. Hieran schloß der Vorsitzende Prof. Frey den Jahresbericht für 1917. Von den 277 Kranken waren 90 Obdurgener. Die Zahl der Pflegestage betrug 18 227. Davon entfielen auf männliche Pflegelinge 7823, auf weibliche 10 794. Das Betragen der Kurgäste gab zu keinen Klagen Anlaß. Der Abgang ausmünderer Pflegelinge war groß. 11 Begnadigte traten die wegen der Feuerung erkrankten Kräfte in Kraft für Obdurgener 4 Mk. für auswärtige 4,50 Mk.; für ein Zimmer mit 2 Betten 5 Mk. bezug 3,50 Mk. für Einzelzimmer 7,50 Mk. Die Beschaffung von Lebensmitteln machte Schwierigkeiten. Die ungenügend hohen Preise derselben waren z. T. durch die auswärtigen Hamptier hervorgerufen. Reparaturen konnten nur wenig ausgeführt werden, weil die Arbeitskräfte fehlten. Für die Bedienung der Maschinen fehlte es zeitweise an geeigneten Personen, da 3 Monteur naheinander eingezogen wurden. Die Folge waren größere Reparaturen an den Maschinen, die etwa 2000 Mk. Kosten verursachten. Jetzt ist nach vieler Mühe ein Belgier für die Bedienung der Maschinen gewonnen, der sich bisher gut bewährt hat.

Am 1. März ist die neue gewählte der Verein im abgelaufenen Jahre 2194,75 Mk. das sind 70 Mk. mehr als im Jahre 1916. Die Leiter Weichta und Cloppenburg und einige Leiter aus dem Norden des Landes und die Finanzkommission in Obdurgener gewährten Beihilfen, außerdem gaben einige Gemeinden und Privatpersonen Beihilfen. Die Mitgliederbeiträge betragen 422,15 Mk. Geldgeschenke und Bücher wurden aus Wohne, Beihilfe und Dinklage gegeben. Die Höhe konnte erst im letzten Jahre aufgestellt werden. Sie war schon 1916 in Auftrag gegeben, es trat aber eine große Verzögerung in der Fertigstellung ein und zweimal war auf dem Transport eine Beschädigung eingetreten. Die Kosten des Höhenlichtes beliefen sich auf 792,70 Mk. Ein Revolver mit einigen kleineren Ausgaben kostete 24,50 Mk. Eine neue Reservepumpe kostete 75,75 Mk. Die Ausgaben für Lebensmittel betragen 15 291,59 Mk. für Rots 3738,38, für elektrisches Licht 479,99 Mk. An eine Schuldenzettelung konnte in diesem Jahre nicht gedacht werden. Auf das Mahlinentonto wurden 1000 Mk. abgeschrieben. Die Gesamtausgaben betragen 58 603 Mk.

Gescheimat Düttmann-Obdurgener gab im Anschluß hieran eine Uebersicht über die Stand der Tuberkulose im Lande. Wie die Statistik zeigt, ist die Tuberkulose im Münsterlande immer noch stark verbreitet und verlangt deshalb eine unermüdete Bekämpfung. Der Vorsitzende und der Schriftführer, die schon so lange ihren Posten genossenhaft

in Wöle des Heilstättenvereins geführt, legten auf der Generalversammlung ihr Amt nieder, da das hohe Alter bezw. die beruflichen Pflichten ihnen die Weiterführung nicht gestatteten. Die Bestimmung nahm von diesem Entschluß mit Bedauern und nicht dankbarer Anerkennung der verdienstvollen Arbeit der beiden Vorstandsmitglieder Kenntnis, die leider trotz der Bitten der Bestimmung sich zur Weiterführung des Amtes nicht glauben entschließen zu können. Für die Neuwahl soll eine neue Veranmlung anberaumt werden. Bis dahin werden die selbstbetretenden Vorstandsmitglieder die Geschäfte führen.

Aus der Meßbenz und dem Norden.

6. März.

Zum Pfarrverwalter für die katholische Gemeinde und zum Kaplan wurde Disziplinpfarrer Vorwerk früher Vikar in Obdurgener, ernannt. Er trat vor einigen Tagen vom Militär fern. Entlassung erhalten.

Der hies. Arbeiterverein versammelt sich zur Bestimmung an der Beerdigung seines Ehrenpräsidenten, des hochw. Herrn Prälaten Pille, am Freitag vormittag 10 Uhr im „Kronprinzen“.

Der Aufsichtsrat der Obdurgener Spar- und Leihbank beschloß, der obdurgener Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 12 1/2 Prozent nach reichlichen Abschreibungen auf Vorkonten und ferner eine Zuweisung an den Reservefonds II von 100 000 Mk. und an den Beamten-Pensions- und Unterhaltungsfonds von 40 000 Mk. vorzuschlagen.

Einrichtungen für Reservemobile. Um Ehepaaren, die nach Kriegsende beitragen, Gelegenheit zu geben, sich die notwendigen Einrichtungsgegenstände anzuschaffen, hat das Amt Obdurgener bei der Besorgungsanstalt in Dechia Bestellungen an Möbeln und Hausgegenständen (Schränke, Tische, Stühle, Betten) in Auftrag gegeben. Diese vorübergehende Maßnahme ist im Allgemeininteresse wahr zu begründen.

Die Medaille für Treue in der Arbeit erhielten Schriftführer und Metteur Heinrich Weichmann in Obdurgener, Zimmerer Heinrich Bäcker in Obdurgener, Magazinbeamter Emil Maelzer in Barel, Maschinist Wilh. Reinken in Obdurgener, Kaufmann Philipp Georg Deder in Oberstein. Die Medaille für Verdienst in der Feuerwehre erhielten folgende Obdurgener: Tischlermeister Hermann Weichhof, Landwirt Aug. Wübbenhof, Maurermeister Ludwig Freitag, Schneidermeister Karl Ramprad, Malermeister Friedrich Schütte, Malermeister Louis Schütte, Zimmermann Johann Schütte.

Die besetzten Vertreter der Beamtenvereine anderer Landes beauftragt am Sonntag nachmittag nach eingehender Beratung, einen Landesverband zu gründen. Zum Vorsitzenden deselben wurde Oberbaurat Ubers erwählt. Der neue Verband stellt sich die hohe Aufgabe, nach besten Kräften für die Hebung des Beamtenstandes zu wirken, insbesondere dafür, daß die gegenwärtige Lage der Beamten und Staatsarbeiter gebessert, die Gehalts- und Lohnverhältnisse den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend aufgebessert und ein neues Beamtenrecht auf freihändlerischer Grundlage geschaffen wird. Dem Verbands Deutscher Beamtenvereine soll der Obdurgener Landesverband als Mitglied beitreten. Zum Schluss der Sitzung beschloß man sich einsehend mit der neuen Regierungsvorlage wegen Erhöhung der Kriegszulagen. Allgemein wurde die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung als nicht ausreichend bezeichnet, um die drückende Last der Beamten und Staatsarbeiter zu mildern. Deshalb soll dahin gewirkt werden, daß die vorgeschlagene Erhöhung erhöht werden. Insbesondere wurde fast allgemein die Gewährung einer einmaligen Feuerungszulage gewünscht.

Von ihrer Arbeitsteile entwichen sind hier mehrere russische Gefangene. Sie haben sich nach der holländischen Grenze gewandt, in der Absicht, über die Grenze zu flüchten.

Brat- und Fleischkarten werden am 7. und 8. ds. Mts. in Eilers Gastwirtschaft, am Heiligengeistwall, gegen Vorlegung der Stammtarnten ausgegeben und zwar für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben A bis E am 7. am 9., für F-R von 3-6 Uhr, für 2-B von 8. von 9-1, und für A bis 3 von 3-6 U.

Das Beschaftszimmer des hiesigen Landsturm-Regiments befindet sich jetzt Heiligengeistwall 11 in den Räumen, die früher die Amtsverbandkrankenkasse benutzte.

Die Verhaftungen im Seelingsheim müssen vorläufig ausfallen. Gestrichel, 6. März. Am 15. März, 8 Uhr beinahe, findet eine Prüfung für Schiffer auf kleiner Fahrt statt. Anmeldungen haben bis zum 13. März zu erfolgen. Zur selben Zeit findet eine Prüfung zum Schiffer auf Kästenfahrt statt.

Neueste Nachrichten. Der Vorfriede mit Rumänien abgeschlossen.

TU. Berlin, 6. März. (Drabih.) B. 3. Nach einer amtlichen Meldung ist am 5. März 7 Uhr nachmittags im Schloße Bastea bei Bukarest zwischen den bevollmächtigten Vertretern der Verbündeten und den rumänischen Bevollmächtigten der Vorfriedensvertrag unterzeichnet worden. Der Vertrag enthält 9 Artikel. WTB. Berlin, 6. März. (Drabih.) In Bastea ist gestern abend 7 Uhr der Vorfriede mit

Rumänien abgeschlossen. Es wurde eine vierjährige Waffenruhe vereinbart, innerhalb welcher der ewigliche Friede abzuschließen ist, auf folgender Grundlage:

Abtretung der Dobrußja bis zur Donau. Der Verbund sorgt für die Erhaltung eines rumänischen Handelsweges über Constanza nach dem Schwarzen Meer. Die von Oesterreich-Ungarn geforderte Grenzregulierung wird grundsätzlich angenommen.

Entsprechende wirtschaftliche Maßnahmen werden grundsätzlich zugefanden. Rumänien demobilisiert sofort mindestens 50 Divisionen, die übrige Armee nach Wiederherstellung des Friedens zwischen Ostland und Rumänien.

Rumänien räumt sofort die noch besetzten österröisch-ungarischen Gebiete und verpflichtet sich, Truppentransporte der Verbündeten nach Odeffa eisenbahntechnisch zu unterstützen und die Offiziere der mit dem Verbund im Kriege befindlichen Länder zu entlassen.

Der Vertrag tritt sofort in Kraft.

Das Schicksal der verhafteten Deutschen.

hi. Berlin, 6. März. (Drabih.) Der Kriegsberichterstatter Hans Gieser meldet der B. 3. aus Daxpat unter dem 2. März: In Daxpat ist ein Telegramm eingetroffen, das äußerliche Hinweise auf den Angehörigen der als Geiseln verschleppten Deutschen und Esten herbeiführt. Die Weiterführung der Geiseln ins Innere Russlands ist bereits in der Wege geteilt. 15 Wagen mit etwa 450 Personen befinden sich auf der Fahrt nach dem Pommer Kreise. Ein zweiter Zug von 100 Verschleppten, unter ihnen auch Frauen und Kinder, ist mit dem Ziel Feinabernburg unterwegs. Auch zwei Arrestwagen sind aus Rocal mit unbekannter Bestimmung abgegangen. Aus Rocal berichtet ein Augenzeuge, daß bei der Verhaftung am 22. Febr. etwa 400 Personen, unter ihnen auch Greise und Frauen, auf die roßlose Weize mit Kolbenstößen durch die Stadt zum Bahnhof getrieben sind, um am nächsten Tage in Wehmaug transportiert zu werden.

Die ersten deutschen Truppen auf Mand.

TU. Berlin, 6. März. (Drabih.) Amtlich. Ein zur Einrichtung eines Stappenplatzes für die Hilfskräfte nach Finnland bestimmter Teil unserer Streitkräfte hat am 5. März nachmittags bei Eckro auf dem Mandinseln geankert. Der Chef des Admiralfstabes der Marine.

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 6. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Heftige Feuerkämpfe richtete der Feind gegen unsere Stellungen auf dem nördlichen Ufer der Lya. Ein starker englischer Vorstoß bei Waasen wurde im Nachhinein abgewiesen. Bei der Scarpe und in Verbindung mit eigenen erfolgreichen Verhandlungen nördlich und südwestlich von St. Quentin lebte die Gefechtsfähigkeit auf.

Heeresgruppe des Kronprinzen. In einzelnen Abschnitten Artilleriekämpfe Sturmabteilungen drangen in der Gegend von Ornes in die französischen Graben und brachten 28 Gefangene ein.

Herzog Albrecht von Württemberg. Südlich vom Rhein-Marne-Kanal, im Chamroval und bei Altkirch rege Tätigkeit der Franzosen.

Westlicher Kriegsschauplatz. In Verfolg der von der finnlandischen Regierung erbetenen militärischen Hilfe sind deutsche Truppen auf den Mandinseln gelandet.

Der Waffenstillstandsvertrag mit Rumänien ist von neuem formell unterzeichnet worden; Friedensverhandlungen schließen sich unmittelbar an.

Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Verantwortlicher Schriftführer: G. Hehle, Dechta, Druck und Verlag: Verlag Drucker und Verlag, G. m. b. H. (M. Sommerfeld, Verleger), Dechta.

Ein beim Bahnhof Holzhausen belegenes, neu erbautes

Wohnhaus

mit 2 Stuben, 4 Kammern, Küche und Etage, sowie 4-5 Ställe auf Gartenland, auch können 2 Stallplätze beigegeben werden, steht mit sofortigem Eintritt unter meiner Nachweisung zu verpachten. Liebhaber wollen sich baldigst bei mir melden. Dechta. B. Mentz.

Unter meiner Nachweisung steht ein

30 Scheffel großes Dorfmoor,

belegen im Drebberchen Moor, direkt an der Obdurgener Grenze (im Kleiert), welches vorzüglichsten schwarzen Torf enthält, auf beliebige Zeit zum Abgraben zu verpachten. Nachweisung wollen baldigst mit mir in Unterhandlung treten. Dechta. B. Mentz.

